

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Gemeinnützig: 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.  
Postbezugspreis für Monat Februar 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offortengebühr 10 Pfg. Plaus. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38-40.  
Druck u. Verlag von Neufisch & Reichardt in Dresden.  
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Beilagen werden nicht aufbewahrt.

## Café Hülfert

Konditorei

Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

## Sporthotel Altes Amtshaus und Amtshof Altenberg

Garage für 5 Autos. Beliebte und bevorzugte Einkehrsstelle für Automobilisten.

Alten Touristen- u. Sporthotel Behagl. Aufenthalt für Erholungsbedürftige. Wald dicht am Hotel. - Jeden Sonnabend von 7 Uhr ab Reunion. Erstklassige Verpflegung und komfort., bestergerichte Freudenzimmer. Besizer: W. HECKER.

## Oefen und Herde

kauft man preiswert im Fachgeschäft

Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13  
Fernsprecher: 15302 Nähe Postplatz.  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

# Konflikt in der Militärkontrollkommission.

### Die Ursache der Verzögerung des Berichts. - Weitere sozialistische Unterstützung für Serriol. Abbruch des Kanzlerbesuchs in Karlsruhe wegen der Dortmunder Katastrophe. - Polizei gegen Kommunisten im Barmat-Ausschuss.

## Uebergabe des Kontrollberichts am Montag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 12. Febr. Der Generalbericht der Internationalen Militärkontrollkommission wird, soweit zur Stunde bekannt ist, am kommenden Montag in Paris eingereicht.

London, 12. Febr. Der Pariser Berichtshalter des „Manchester Guardian“ schreibt: Die Londoner Erklärung, daß die Fragen der Befragung des Rheinlandes und der Sicherheit nichts miteinander zu tun hätten, sei in Paris erwartet worden, und es sei nicht wahrscheinlich, daß sie eine Aenderung der französischen Politik herbeiführen werde. Die französische Regierung sei in der angenehmen Lage, sich um irreführende Beweismittel kümmern zu brauchen, und zwar mit Rücksicht auf ihre Armee. Trotzdem sei die französische Regierung sich der offensichtlichen Schwäche ihres Standpunktes in rechtlicher Beziehung bewußt. Deshalb habe auch Paul Boncour eine möglichst „großzügige“ Auslegung der Befragungsklausel verlangt. Es wird jetzt in Paris offen zugabeben, daß die französische Regierung sich in den Haaren liegen und daß dadurch der endgültige Bericht verzögert werde. Das französische Ziel sei, den britischen Plan, Deutschland gewisse, an bestimmte Fristen gebundene Forderungen vorzulegen, von deren Erfüllung die Räumung des Rheins abhängen werde, zu Falle zu bringen. (W. T. B.)

## Die sozialistische Unterstützungsjormel für Serriol.

Paris, 12. Febr. Die Resolutionskommission des sozialistischen Parteitages in Grenoble hat heute nachmittag einstimmig den Text der Resolution angenommen, die von der Unterkommission ausgearbeitet worden war. Sie stellt zuerst fest, daß die Taktik, die der Kongreß am 1. Juni und der Nationalrat der Partei am 1. November feineletzt hat, schon jetzt zum Teil den erwarteten Erfolg gehabt habe, daß es auch gelaftet habe, den Sieg vom 11. Mai zu befestigen. Es sei dem Kabinett Serriol gelungen, die internationale Sozialisierung einzuleiten und die soziale Revolution vorzubereiten. Schon jetzt seien bedeutende Fortschritte zu verzeichnen.

Der Parteitag nahm Kenntnis von diesen Ergebnissen und erteilte der sozialistischen Kammerfraktion den Auftrag, die Unterstützungspolitik fortzusetzen, d. h. der Regierung ihren Bestand zu sichern, jedoch unter der Bedingung, daß eine demokratische reformatorische Tätigkeit der Regierung gefordert werde. Die Kammerfraktion müßte ihre Tätigkeit im Einvernehmen mit der Regierung und der linksstehenden Parteigruppen bestimmen, aber darauf bedacht sein, daß die notwendige Zahlungnahme in keiner Weise

die Form eines ständigen und organischen Systems annehme. Wie sehr die sozialistische Partei auch Wert auf die Unterstützungspolitik lege, so würde sie doch gezwungen sein, der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen, wenn diese sich in erstem Widerspruch mit den Ansichten des Parteikongresses lege, nämlich hinsichtlich der Fragen, die sich auf den Frieden, internationale Ordnung oder auf nationale Fragen von grundlegendem Interesse bezögen. Die sozialistische Kammerfraktion müßte der Regierung ihre Unterstützung verweigern, wenn von ihr eine Abstimmung verlangt werde, die in Widerspruch mit den Grundätzen der Partei stehe. Dadurch, daß die Partei die Unterstützungspolitik betriebe, nehme sie aber nicht endgültig eine Taktik an, noch verzichte sie auf ihre traditionelle Stellung als Klassenpartei.

In der Schlußsitzung des Gesamtkongresses wurde die vorgeschlagene Tagesordnung alsdann durch Handaufheben einstimmig angenommen. Was die Kommunalwahlen anlangt, ist in einer Resolution bestimmt worden, daß im ersten Wahlgange die Sozialisten für ihre eigenen Kandidaten stimmen, daß aber im zweiten Wahlgange das Verhalten der Partei so eingerichtet werden müsse, daß den Linksparteien zum Siege verholfen werde, damit die reaktionäre Mehrheit des Senats baldigst beseitigt werden könnte. (W. T. B.)

## Neue belgische Schandurteile.

Brüssel, 12. Febr. (Belg. Telegramm.) Das Kriegsgericht in Namur verurteilte in contumaciam mehrere deutsche Offiziere wegen angeblicher im August 1914 begangener Verbrechen. Oberstleutnant v. Giese, Kommandeur des Leibkürassierregiments Nr. 1, der beschuldigt wurde, zu den Grenellaten in Bievre, wo 17 Personen erschossen und 72 Gebäude eingeäschert wurden, den Befehl gegeben zu haben, wurde zum Tode verurteilt. Rittermeister Hesterberg, Adjutant einer Kavallerie-Division, wurde eines in Ghêne begangenen Mordes beschuldigt und ebenfalls zum Tode verurteilt. Die Venantius Schumann und Stienke, Befehlshaber von Transportkolonnen, waren der Brandstiftung von 31 Wohngebäuden in Silenriex angeklagt und wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. (W. T. B.)

## Massenverhaftungen in Düsseldorf.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 12. Februar. Vor einigen Tagen hat die französische Besatzungsbehörde in Düsseldorf mit massenhaften Verhaftungen begonnen. In einzelnen Arceen spricht man von 75 Mann, die bisher festgehalten wurden. Es soll sich fast durchweg um Mitglieder des Wiking-Bundes und um Nationalsozialisten handeln.

# Neue Hausdurchsuchung zum Kutischerstandal.

## Justizrat Werthauer und Kutischer.

Berlin, 12. Febr. Das Ermittlungsverfahren gegen Kutischer war durch die nachfolgenden Affären ein wenig in den Hintergrund getreten. Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft in aller Stille weitergearbeitet, um besonders die reichlich dunklen Geschäfte Kutischer mit der Steinbau zu entwirren. Im Verlaufe dieser Untersuchung hat sich die Staatsanwaltschaft heute zu einer Maßnahme entschlossen, die hartes Aufsehen erregt. Die Staatsanwaltschaft hat nämlich in der Wohnung des bekannten Berliner Justizrates Werthauer eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der belastendes Material beschlagnahmt wurde. Werthauer selbst befand sich zur Zeit der Hausdurchsuchung gerade auf einer Geschäftsreise in Dresden. Er wird nach seiner Rückkehr nach Berlin von der Staatsanwaltschaft gehört werden. Es soll sich darum handeln, daß Justizrat Werthauer in seiner Stellung als Notar bei einer Anzahl von Kreditaktionen des verhafteten Kutischer in seiner amtlichen Eigenschaft mitgewirkt hat.

In der sächsischen sozialistischen Presse wird mitgeteilt, daß der Berliner Rechtsanwalt Dr. Werthauer 10 000 M. der großen Forderung gegen den sächsischen Staat eingeklagt habe. Die Angelegenheit geht bekanntlich in die Zeit Jahnerters zurück, wo Werthauer mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die Auseinandersetzung mit dem Königshaus betraut worden war.

## Eine Wendung zugunsten Höfles?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 12. Febr. Die Untersuchung gegen den früheren Reichspostminister Höfle scheint zu einer Wendung in der Beurteilung dieses Falles zu führen. So wird berichtet, daß der

Vorwurf der Untreue im Amte offenbar gegen Dr. Höfle nicht aufrecht erhalten werden könne. Der Oberstaatsanwalt Vinde, der den Haftbefehl verfaßte, beharrt jedoch bei seiner Auffassung, daß Dr. Höfle die großen Reichspostkredite an den Barmat-Konzern nicht gegeben hätte, wenn er nicht durch die ihm von Barmat gewährten Baugelder für seine Villa festgelegt worden wäre, die ihn zu einem mit den Interessen des Staates nicht zu vereinbarenden Verhalten gegenüber den Barmats verleitet haben. Das tragend welche Zuwendungen für ihn zur Vergabe der Kredite bestimmend gewesen seien, beharrt Höfle sehr energisch. Bei seiner Vernehmung gab Höfle auch seiner Ueberezeugung Ausdruck, daß die Post an den Bankkrediten keinen Schaden erleiden werde. Heute hat auch im Aufsichtsamte für Privatversicherungen eine Besprechung über die Versicherung der Barmatkredite stattgefunden, und es soll sich dabei ergeben haben, daß infolge der Rückversicherung der Kredite voransichtlich die optimistische Auffassung Höfles sich bestätigt und die Post wieder zu ihrem Gelde kommen werde. Die Staatsanwaltschaft hält Dr. Höfle allerdings entgegen, daß er in jedem Falle die statutenmäßigen Verpflichtungen bei Vergabe der Kredite verletzt habe und sie trägt ihre Ansicht darauf, daß auch der Postauskunft diese Ansicht vertritt. Dagegen scheint es so, als ob die Despositen- und Handelsbank den Namen Höfles fälschlich in ihren Büchern geführt habe. Die bisherigen Ermittlungen sollen nach dieser Richtung hin für Höfle nichts Belastendes ergeben haben. Höfle soll erneut erst dann wieder vernommen werden, wenn der Abgeordnete Lange-Degermann von der Staatsanwaltschaft gehört worden ist. Wahrscheinlich wird Lange-Degermann am Freitag vernommen werden.

## Severing als „Fachminister“.

Wir leben in der Faschingszeit, und da treiben sich die Leute mit der Schellenkappe überall herum, auch da, wo sie nicht hingehören. Sogar bei der preussischen Regierungskreis, die ja trotz der Marx-Wahl noch fortbesteht, haben sie ihre Hände im Spiel. Da wird nämlich von den drei Bundesbrüdern der Linken, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie, eine echt fastnächtlige Komödie aufgeführt. Lernen Sie Herr Severing ist, der verflorenen sozialdemokratische Minister des Innern, während die ihm huldigenden Parteigrößen die Narrenpritsche schwingen und sich selbst über den Mummenschanz, den sie treiben, weiblich ins Häuschen lachen. Die drei Unzerrennlichen haben einen gloriosen Gedanken ausgedacht, dessen Zweck darin besteht, den geschicktesten und erfolgreichsten Vorkämpfer der sozialdemokratischen Machtstellung in Preußen, der Herr Severing ja zweifellos ist, im neuen Kabinett zu belassen, ohne daß ihm der beschränkte bürgerliche Untertanenverstand die sozialistische Parteiabstempelung gleich an der Nase ansehen soll. Deshalb will man diesen unabhängigen Parteiführer in das harmlose Gewand eines „Fachministers“ hüllen, der in der „neutralen“ Eigenschaft eines einfachen „Verbindungsbeamten“ die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei aufrecht zu erhalten hätte. „Wär' der Gedanke nicht so verwünscht gewesen, - Man wär' versucht, ihn berallich dumm zu nennen.“ Dumm deshalb, weil es ein gar zu hartes Stück ist, einem halbwegs Urteilsfähigen zugumuten, zu glauben, daß ein Severing jemals etwas anderes sein könnte, als ein eingefleischter, waschechter Parteimann. Geheiß aber deshalb, weil dahinter die Erkenntnis steckt, daß Severing die letzte Säule ist für alle Elemente, die in dem führenden Bundesstaate noch nicht von dem Wahne geheilt sind, daß es möglich sein werde, in Preußen entgegen dem Volkswillen und ungeachtet der geschlossenen Opposition der beiden Rechtsparteien das System der Weimarer Koalition aufrechtzuerhalten.

Herr Severing, dessen Person durch die Vorgänge in Preußen so stark in den Vordergrund gerückt wird, hat eine gewisse politische Berühmtheit erlangt, die - das kann ruhig zugegeben werden - nicht ganz unverdient ist. Ein Vertreter der äußersten Rechten, der ehemalige Landrat von Herzberg, hat über ihn geurteilt, daß er der zielbewussteste Vertreter der Sozialdemokratie sei: „Der Reich muß ihm lassen, daß er nichts halb tut, daß er ein ganzer Kerl ist, der das, was ihm für seine Partei günstig erscheint, mit brutaler Rücksichtslosigkeit planmäßig betreibt und unter Beiseitenschieben aller Hemmnisse auch durchsetzt.“ Es soll auch gar nicht gelehnet werden, daß er trotz seiner mangelnden Vorbildung auf dem Gebiete der Verwaltung sich in den vier Jahren seiner Wirksamkeit eine nicht unerhebliche Routine in der Führung der Geschäfte angeeignet hat. Er ist ein Kopf, der leicht aufsteht und, dank seiner großen Willenskraft, sich durchzusetzen versteht. Der Hauptteil seiner amtlichen Tätigkeit aber hat doch immer nur darin bestanden, daß er ohne jede Kompromittierung die Interessen seiner Partei wahrnahm, indem er die nationale Bewegung unerbittlich oerfolgte und eine Personalpolitik betrieb, die ohne Rücksicht auf die sachliche Verfassung die sozialistische Bestimmungsfähigkeit zum Präfekten für die Eignung zur Bekleidung einflussreicher Ämter machte. Bei alledem kam es ihm gar nicht darauf an, gelegentlich auch einmal nationale Töne anzuschlagen, aber das war nur äußerlich. Im Innern hat er nie den Boden der internationalen sozialistischen Parteianschauung verlassen, und sobald die politischen Ereignisse ihn zu einer klaren Stellungnahme nach dieser Richtung zwangen, hat er nie gezögert, seinen Mund von dem überfließen zu lassen, wovon sein Herz voll war. Ein Mann, wie der Genosse Hänsch, der als Regierungspräsident von Wiesbaden in öffentlicher Rede der deutschen Kultur den Untergang wünschte, um sie ganz in der französischen aufgehen zu lassen, war sein Intimus, und er selbst glaubte seinen Rücktritt vom Amte nicht besser im sozialistischen Sinne eindrucksvoll gestalten zu können, als durch die Behauptung, Deutschland sei an der Entfesselung des Weltkrieges mitschuldig, und deutsche Kriegspartei habe geübt, und die kaiserliche Politik habe die Atmosphäre geschaffen, worin der Krieg unvermeidlich geworden sei! Die Rechte verließ damals unter dem Eindruck dieses unerhörten Verhaltens empört den Saal.

Kurzum, Herr Severing ist so fest und eng in die Anschauungen der sozialdemokratischen Partei gelassen verstrickt, daß er aus seiner Parteibaut schlechterdings nicht heraus kann und sich niemals auch nur zu der bescheidensten Objektivität gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft aufzuschwingen vermag. Das wissen natürlich die sich um ihn scharennden